

*Rede der Bezirksstadträtin für Kultur Sabine Weißler anlässlich der Ausstellungseröffnung „Kunstwettbewerb Gedenkort Güterbahnhof Moabit“ am 24. September 2016, im Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg*

Heute geht es um den größten Deportationsbahnhof Berlins. Um den Güterbahnhof Moabit. Es geht um 250 qm Restland zwischen einer Entlastungsstraße und zwei Großmärkten.

Wie konnte der Güterbahnhof zum Restland werden?

Ich wollte wissen, an welchem Punkt das Gelände dem Verwertungsdruck und der Verkehrsplanung nachgeordnet wurde und warum. Darum habe ich die alten Akten durchgeschaut und Vermerke von Mitarbeiter gelesen, die längst im Ruhestand sind. Ich habe keine vollständige Antwort finden können.

Nach der Wiedervereinigung galt in der Verkehrs- und Stadtplanung so eine Art „Recht des ersten Zugriffs“. Die Bahn verkaufte - nachdem klar war, dass Berlin einen Zentralen Hauptbahnhof am Standort Lehrter Stadtbahnhof bekommen würde - Grundstücke, die sie nicht benötigte oder die andere haben wollten. Seit Mitte der 1990er Jahre immerhin schon war das Bezirksamt Tiergarten mit den früheren Bahntöchtern VIVICO und DB Netz wegen der Gestaltung des Güterbahnhofs im Gespräch. Das Vorhaben findet sich in alten Akten unter der Bezeichnung „Deportationsbahnhof Putlitzbahnhof“ oder „Deportationsweg Quitzowstraße“.

Im Zusammenhang mit der beabsichtigten neuen Straßenführung, die wir heute als Ellen-Epstein-Straße kennen, wurde im Rahmen der sogenannten frühzeitigen Bürgerbeteiligung auch die Zukunft des Geländes des ehemaligen Güterbahnhofs als Gedenkort betrachtet und bei einer Ausstellung und Veranstaltung am 23. Juni 1998 ca. 70 interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.

In diesen alten Unterlagen sind übrigens Sie, Herr Szagun, als einer der immer wieder nachfragt, genannt. Ihrem langen, langen Atem ist es wesentlich zu verdanken, dass wir heute hier stehen.

Dr. Joachim Spielmann wurde in der Folge durch die Bahn mit einem Gutachten zu dem Ort beauftragt. Und spätestens an diesem Punkt kamen Sie, sehr geehrter Herr Nachama – damals noch bei der Jüdischen Gemeinde – auch offiziell und aktenkundig hinzu.

Es heißt: Dr. Spielmann nahm mit Ihnen Kontakt auf und führte eine historische Recherche durch.

Bereits in dem Spielmann-Gutachten von 2000 wurde festgestellt: „[...]“, dass mehr Menschen, als bisher angenommen, vom Bahnhof Putlitzbrücke deportiert wurden (ca. 15.000 Menschen in 40 bis 45 Transporten – in der Größenordnung vergleichbar mit dem S-Bahnhof Grunewald).“ Eckpunkte wurden formuliert, die auch in unseren Wettbewerb einfließen: „- aufgrund der bereits erfolgten Umgestaltung der Bahnanlage am Nordring sind – anders als am Bahnhof Grunewald – nur Reste der historischen Bahnanlage vorhanden, deshalb kann keine Gesamtanlage gestaltet werden. – dieser Ort sollte im Kontext zu den Mahnmalen an der ehemaligen Synagoge Levetzowstraße und auf der Putlitzbrücke gesehen werden – der Weg in seinem Charakter als Hohlweg und ein angrenzendes Stück des Gleises 69 mit Militärrampe sollte erhalten bleiben.“

2002 hatte eine Begehung mit dem Landesdenkmalamt stattgefunden. Die damalige Begutachterin Dr. Gabi Dolff-Bonekämper befürwortete die Unterschutzstellung. Diese wurde übrigens später, wegen des zu geringen Anteils vorhandenen Originalmaterials nicht durchgeführt. Erst jetzt, durch erneute Intervention, wurde das Gelände im Juni 2016 unter Schutz gestellt.

Ein bisschen verläuft sich dann die Spur durch die Akten. 2005 schreibt die damalige Bezirksstadträtin Dubrau an die damalige Senatsverwaltung Wissenschaft und Kultur. Sinngemäß berichtet sie, es haben Gespräche mit dem Investor des Baumarktes stattgefunden und es stehe in Aussicht, dass der Investor den Gedenkort finanziere. Ein ausführendes Architekturbüro sei auch schon gefunden. Diese Art des Vorgehens käme für uns heute überhaupt nicht mehr in Frage. Wir schreiben Kunstwettbewerbe selbstverständlich aus. Doch dann wurde alles auf Start gestellt. 2006 legte Alfred

Gottwald zusammen mit Diana Schulle und Klaus Dettmer eine neue, aktuelle Untersuchung zum Deportationsbahnhof Moabit vor. Sie belegte, dass von Moabit die meisten Deportationen ausgingen und nicht, wie bisher angenommen, vom Bahnhof Grunewald. Als ich 2011 dieses Amt übernahm, fand ich das Projekt Gedenkort Güterbahnhof Moabit als eines der vielen losen Fäden vor, die ich zu sortieren und zu ordnen hatte. Dazu brauchte ich Fachleute.

In Mitte gab es kein Kulturamt mehr. Nach dem Ausscheiden von Dr. Marlise Hoff, die an den Diskussionen zum Güterbahnhof über Jahre beteiligt war, hatte man diese Position nicht wiederbesetzt. Diese Fehlentwicklung musste ich korrigieren, was in Zeiten des totalen finanziellen Offenbarungseides des Bezirks Mitte regelrecht bekämpft wurde. Die Mittel für die Position wurden aus meinem Haushalt herausgenommen. Wir hatten ein wahnsinniges Glück, dass wir Dr. Ute Müller-Tischler gewinnen konnten. Mit ihr konnte ich wieder eine funktionierende Struktur für Wettbewerbe auch für Kunst im öffentlichen Raum aufbauen. Um ein so sensibles Verfahren, das mit vielen Stellen, Initiativen und Verwaltungen abgeklärt werden muss, durchzustehen, braucht es Menschen, die das können. Und in der Zusammenarbeit mit Katrin Sander aus der Senatskanzlei Abtl. Kultur gelang dann auch endlich der Weg aus der Sackgasse. Wir haben zwischen Senatskanzlei und Bezirk eine Art Arbeitsteilung getroffen. Die Senatskanzlei finanziert den Wettbewerb und wir die Realisierung des Ergebnisses mit Mitteln der Deutschen Klassenlotterie. Das zu erreichen war gar nicht einfach. Denn eigentlich gibt die LOTTO-Stiftung keine Blankoschecks, sondern erwartet zunächst die Vorlage eines Wettbewerbsergebnisses. Andererseits konnten wir den Wettbewerb erst seriös ausloben, wenn wir auch die Realisierung in Aussicht stellen konnten.

Es gelang durch gemeinsame Kraftanstrengung. Ich bin dafür allen Beteiligten unendlich dankbar. Dazu gehört auch der Beirat der LOTTO-Stiftung, mit den Vertreterinnen von SPD, CDU und Grünen und die unterstützende BVV des Bezirks Mitte. Denn natürlich hat es eine klare politische Botschaft, ob man bereit ist einen Gedenkort zu errichten oder nicht.

Was lernen wir:

1. Nicht vor dem Ziel aufgeben.
2. Als Verbündete agieren mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Initiativen und Fachleuten.
3. Politische Konstellationen suchen und finden, die die gemeinsame Ziele mittragen
4. Handeln

Nochmal: Dank an alle Menschen, denen dieser Gedenkort wichtig war und ist. Wir brauchen eure Kraft auch weiterhin. Dank an die Senatsverwaltung, die Topografie des Terrors für die Gastfreundschaft und Unterstützung.

Ich wünsche der Autor des entscheidenden Gutachtens, Alfred Gottwaldt, wäre bei uns. Er ist leider verstorben. Auch an ihn denken wir in diesem Moment. Noch steht der Gedenkort nicht. Auch der Abschluss des Wettbewerbes ist nur ein Zwischenschritt. Aber er verweist auf den nächsten Schritt. Wir werden ihn gemeinsam gehen!